

Ressort: Finanzen

Sparrabatt für Griechenland könnte für Deutschland teuer werden

Berlin, 22.12.2016, 18:00 Uhr

GDN - Geberländer wie Deutschland könnte eine zu große Nachsicht bei den Sparanstrengungen Griechenlands teuer zu stehen kommen. Das berichtet der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe.

Würde Griechenland in den kommenden Jahren statt eines Primärüberschusses von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wie vereinbart, nur 1,5 Prozent erwirtschaften, wie vom Internationale Währungsfonds (IWF) verlangt, stiege der Finanzierungsbedarf des Landes nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums (BMF) auf mittlere Sicht um rund hundert Milliarden Euro. Diese Zahl nannte Jens Spahn, parlamentarischer Staatssekretär im BMF, vergangene Woche im Haushaltsausschuss des Bundestages. Den Mehrbedarf müssten die Geldgeber tragen. "Das käme in die Nähe eines neuen Hilfsprogramms", sagte Spahn vor den Abgeordneten. Der Primärüberschuss beschreibt das Plus in den öffentlichen Kassen vor Abzug des Schuldendienstes. Der IWF wendet sich gegen eine schärfere Sparpolitik, weil er dadurch die Erholung Griechenlands gefährdet sieht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-82833/sparrabatt-fuer-griechenland-koennte-fuer-deutschland-teuer-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619